

# Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

**Erscheint**  
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.  
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 4,00 M.,  
bei allen Postämtern 4,50 M.

**Druck und Verlag:**  
H. Hunsold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau D.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Woni Hunsold.

**Nutzenpreis:**  
für die einseitige Beilage oder deren Raum 75 Pf.  
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Erscheinungstage.

Nr. 47.

Veruspr. Nr. 49.

Wittwoch, den 26. Oktober 1921.

Postsekonto  
Breslau 18664

43. Jahrg.

## Zur Entscheidung über Oberschlesien.

Der Schutz der Minderheiten.

Paris, 20. Oktober. Aus den Veröffentlichungen über Oberschlesien ist weiter hervorzuheben der Absatz über den Schutz der Minderheiten. Danach erhält jede im Augenblick der endgültigen Teilung des Abtommungsgebietes in den Polen zufallenden Teilen anässigen Personen, die für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert und während 12 Monaten, die auf den Tag der Ausübung des Optonsrechts folgen, keinen Gebrauch von dem Recht gemacht, ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen, das Recht, ihren Wohnsitz in Polen während einer Zeitdauer von 15 Jahren beizubehalten.

Jede Person polnischer Abstammung, die über 18 Jahre alt ist und im Augenblick der endgültigen Gebietsenteilung in dem Deutschland zugewiesenen Teil anässig ist, erhält das Recht, innerhalb zweier Jahre für die polnische Staatsangehörigkeit zu optieren. Alle an dem gleichen Tage in dem endgültig Deutschland zugewiesenen Teil Oberschlesiens sind berechtigt, dort ihren Wohnsitz während einer Periode von 15 Jahren beizubehalten. Diese Bestimmung findet Anwendung sowohl auf die Polen, die deutsche Staatsangehörige waren und für Polen optiert haben, wie auch die polnischen Staatsangehörigen, die keine deutsche Staatsangehörige gewesen sind. Alle anderen Fragen, die sich auf die Nationalität der in Oberschlesien anässigen Personen und auf den Schutz der Minderheiten im Abtommungsgebiet beziehen, sind entsprechend dem Versailler Vertrage und der Völkerverbündungsregelung zu regeln. Die in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen werden für Deutschland und für Polen internationale Verpflichtungen darstellen und in gleicher Weise wie die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 zwischen den alliierten Staaten und Polen abgeschlossenen Vertrages unter die Bürgschaft des Völkerverbundes gestellt werden.

Aus dem Wortlaut der Entscheidung.

Berlin, 21. Oktober. Aus dem Wortlaut der Entscheidung des Völkerverbundesrat ist in Ergänzung des vorstehenden noch folgendes hervorzuheben:

Die im Abtommungsgebiet geltenden Bestimmungen, insbesondere auf dem Gebiete des Bergbaues, der Industrie oder des Handels oder auf dem Gebiete der

Arbeitsgesetzgebung

bestehenden Vorschriften einschließlic der Ueberwachungsrichtlinien, bleiben in dem an Polen fallenden Teil des Abtommungsgebietes in Kraft, bis Polen auf diesem Gebiete Bestimmungen erlassen hat, die in seinem ganzen Lande zur Anwendung kommen und die an Stelle der bestehenden Vorschriften treten können. Hierbei versteht sich jedoch, daß Polen das Recht haben wird, in der schlesisch-polnischen Zone die Änderungen einzuführen, die Deutschland auf seinem Gebiete zu treffen für gut befinden wird. Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 256 des Friedensvertrages werden diese beiden Länder alle Rechte, besonders die Konzessionen und Privilegien, die vor der Teilung von Privatpersonen, Gesellschaften oder anderen juristischen Personen erworben wurden, auf dem ihnen zugewiesenen Gebiete anerkennen und achten.

Polen verpflichtet auf die Dauer von 15 Jahren auf die Vorteile aus den Artikeln 92 und 297, betreffend Enteignung von industriellen Anlagen, Bergwerken oder Lagerungen, außer wenn nach Ansicht der gemischten Kommission die Enteignung für die Aufrechterhaltung des Betriebes unumgänglich notwendig ist.

Über Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und polnischen Regierung, die sich während des Zeitraumes von 15 Jahren über eine gesetzgeberische Maßnahme der beiden Länder ergeben, die den Betrieb von Gesellschaften oder industriellen und

Handels-Unternehmungen

betrifft und in unbilliger Weise die Freiheit dieser Gesellschaften und Unternehmungen in Bezug auf die Nationalität ihres Personals, ihrer Administratoren oder ihrer Kapitalien beeinträchtigt, können von der interessierten Regierung dem Völkerverbund übergeben werden, dessen Entscheidung beide Regierungen anzunehmen sich verpflichten.

Beide Länder können auf Grund des gemeinsamen Abkommens alle Uebergangsbestimmungen abändern oder beseitigen.

Der Vertrag über den Schutz der Minderheiten, der am 28. Juni 1919 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem britischen Reich, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits abgeschlossen wurde, findet Anwendung auf den Teil Oberschlesiens, der endgültig Polen zuerkannt wurde.

Die Wichtigkeit, ebenso wie die Aufrechterhaltung der Wirtschaft in Oberschlesien erfordert, daß die deutsche Regierung verpflichtet wird, mindestens für die Uebergangszeit von 15 Jahren, vom Zeitpunkt der endgültigen Zuteilung des Gebietes an gerechnet, die Bestimmungen der Artikel 1, 2, 7, 8, 9 (Abs. 1 und 2), 10, 11 und 12 des genannten Vertrages anzunehmen, soweit es sich nicht um den Teil Oberschlesiens handelt, der endgültig Deutschland zuerkannt wurde.

Die Bestimmungen des Abkommens, das zwischen der deutschen und polnischen Regierung geschlossen wird, um die oben zum Ausdruck gebrachten Grundsätze in die Tat umzusetzen, begründen sowohl für Deutschland als auch für Polen

Verpflichtungen

von internationaler Tragweite und werden daher in derselben Weise wie die Bestimmungen des Vertrages vom 28. Juni 1919 unter Garantie des Völkerverbundes gestellt.

Jede Einzel- oder Sammelangelegenheit von Bewohnern Oberschlesiens an den Völkerverbundesrat wegen dieser Bestimmungen oder wegen der Ausführung der Bestimmungen des Vertrages vom 28. Juni 1919 wird, soweit diese Bestimmungen Leute betreffen, die einer nationalen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, derjenigen Regierung eingeschickt werden, in deren Gebiet die Antragsteller ihren Wohnsitz haben. Diese Regierung ist verpflichtet, die Eingabe mit oder ohne Stellungnahme dem Völkerverbundesrat zur Prüfung zu überfenden.

Rücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 22. Oktober. Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten heute abend die Demission des Kabinetts mit folgendem Schreiben übersandt:

Herr Reichspräsident!

In schwerer Stunde hatte sich das gegenwärtige Kabinett entschlossen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatum zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es eine Politik geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ersten Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten, überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Barbetrag von einer Million Goldmark zum 31. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor

allem die Durchführung der Entwaffnung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Befehung der Ruhrhöfen reiflos aufgehoben und hinsichtlich Oberschlesiens eine Lösung gefunden wurde, welche dem Rechtsanspruch des deutschen Volkes und der Oberschlesier, sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspräche. Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch das nicht nur weite Flächen des ober-schlesischen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weit-aus überwiegende Teil aller Bodenschätze und vier Fünftel der Verarbeitungsmächten der deutschen Heimat entrisen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem klaren Ergebnis der Abstimmung unter Fremdherrschaft fallen. Niemals wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es wehrlos hinnehmen muß, verschmerzen. Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas er-pfänglich, ist es doch entschlossen, das anzuerkennen, daß sich die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schlesische Diktat erheblich verändert hat, und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist.

In Würdigung dieser Tatsache hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hand, Herr Reichspräsident zurückzugeben. In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzutellen.

gez.: Der Reichskanzler.  
Dr. Wirth.

An die Ueberreichung der Demission schloß sich eine längere Aussprache über die politische Lage an, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler ersuchte, mit den übrigen Reichsministern die Geschäfte zunächst weiterzuführen. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden. Der Reichspräsident wird morgen vormittag den Präsidenten des Reichstages und die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen der bisherigen Koalitionsparteien zu Einzelbesprechungen empfangen.

Die Demokraten geben ihren Widerstand auf.

Im Reichstag fanden Besprechungen der Parteien über die Lage statt. Die Demokraten haben ihren Widerstand gegen die Entscheidung des deutschen Kommissars für die Verhandlungen mit den Polen und damit gegen die Annahme des Pariser Diktats aufgegeben. Unter den alten Koalitionsparteien besteht Neigung, auch das neue Reichskabinett zu bilden und in jedem Fall den Gang zum Verhandlungstisch über das Pariser-Gesetz-Diktat zu übernehmen.

Ein zweites Kabinett Wirth.

Die stattgefundenen Fraktionsitzungen der Mehrheitsfraktionen hat sich mit dem Rücktritt Reichskabinetts Wirth befaßt. Es drang einflussreich die Auffassung durch, daß auch das neue Kabinett wieder ein Kabinett Wirth sein müsse. Diese Auffassung vertreten auch die Mehrheit des Zentrums. Von großer Bedeutung ist, daß in diesem Stadium die Unabhängigen sich gegenüber den Mehrheitsfraktionen bereit erklärt haben, ein neues Kabinett Wirth in der Durchführung des Entente-Diktats über Oberschlesien zu unterstützen.

### Rücktritt Graf Praschmas.

Oppeln, 22. Oktober. Die „Oppolner Zeitung“ meldet: Wie wir erfahren, hat der deutsche Bevollmächtigte des Abkommens bezügliche Oberösterreich, Graf Praschma, unmittelbar nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Völkerbundesrates sein Amt niedergelegt.

### Wilson über die oberösterreichische Entscheidung.

Die „Echo de Paris“ aus Newyork fernere meldet, daß der frühere Präsident Wilson dem Suveränen ein Interview gegeben, das „Sun“ am 18. d. Mts. veröffentlicht. Hinsichtlich Oberösterreich heißt es darin, Wilson sehe in der Genfer Entscheidung keinerlei Verletzung seiner Friedensgrundsätze oder des Versailler Vertrages, da die Zuteilung einiger rein deutscher Städte an Polen durch die strategische Sicherung Polens und den Schutz polnischer Landgebiete dienen müsse. Das sei aber nach allen vorliegenden unparteiischen Berichten bei Röntgenhülle und Röntgen der Fall.

### Deutschland hat sich noch nicht geküert.

„Vester Anzeiger“ meldet aus Paris: In der oberösterreichischen Entscheidung ist von Deutschland bisher irgend eine Zustimmung noch nicht erfolgt. Der deutsche Vorkämpfer war in seinen bisherigen Besprechungen im Auswärtigen Amt nicht in der Lage, irgend welche Andeutungen über die Haltung seiner Regierung zu machen. In Paris betrachtet man die Lage in den letzten 24 Stunden als nicht ohne Besorgnis.

### Die neue Grenze.

Da in der ersten Übermittlung der neuen Grenze einige Grenzortlichkeiten nicht genannt und einige Namen verstimmt waren, sei im folgenden die Entscheidung über die Grenzführung nach dem amtlichen Wortlaut noch einmal wiederholt:

Die Grenze folgt der Oder von ihrem Eintritt in das oberösterreichische Abkommensgebiet bis zur Höhe von Niebelschan, von dort ab verläuft sie nordwärts, wobei

an Polen fallen: die Gemeinden Hohenbirken, Wilhelmstal, Raschitz, Adamowitz, Bogumitz, Bistitz, Summin, Zwonowitz, Chwalowitz, Dohjitz, Ober- und Nieder-Wilco, Riechwald, Krowow, Gieraltowitz, Breiskowitz, Walschkan, Kungendorf, Panschdorf, Raba, Dzykow, Schlesiengrube, Hohenallude, während

bei Deutschland bleiben: die Gemeinden Opatowitz, Bobitz, Gurel, Stoboll, Niederdorf, Bildowitz, Nieborowitzer Hammer, Nieborowitz, Schönowald, Gdansk-Jobrze, Sokochno, Mathezdorf, Jaborze, Bistapitz, Bobrel, Schomberg; von da aus läuft die Grenze zwischen Ostpreußen (an Deutschland) und Birenschan (an Polen), dann wendet sie sich nach Nord-West, wobei

auf deutscher Seite verbleiben: die Gemeinden Karl, Mieschowitz, Solowowitz, Friedrichswille, Bielowitz, Raschitz, Wiedar, Gamsitz, Niederdorf-Tworog, Kollentau, Poltemp, Keltitz, Zawagitz, Petershof-Winder, Klein-Lagiewitz, Strajblowitz, Gnowitz, Dyleina, Gziedanau, Sorowitz, während

auf polnischer Seite verbleiben: Scharleh, Radzionka, Trodenberg, Neu Nepten, Alt-Nepten, Alt-Tarnowitz, Rybna, Piaszyna, Dornowitz, Mikolajka, Drahthammer, Bruchel, Wänschhammer, Kolottel, Kosmalder, Rowonau, Spiegelhof, (Gaisberg), Groß-Lagiewitz, Glinitz, Raschitz, Zsian, — von da aus fällt die Grenze nordwärts mit der alten deutsch-russischen Grenze zusammen, bis zu dem Punkt, wo sie mit der deutsch-polnischen Grenze zusammentritt, wie sie in Artikel 27 des Vertrages von Versailles beschrieben ist.

### Die Grenzführung.

Büritz, 21. Oktober. Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Paris, daß der Interalliierten Kommission in Oppeln die Durchführung der deutsch-polnischen Grenzführung obliegt. Beauftragt ist, etwa sich ergebende Unklarheiten der Grenzlinie, soweit dies die Wasser-versorgung und den natürlichen Zusammenhang der zu trennenden Gebiete betrifft und Veranlassung zu besonderen Berichten an den Alliierten Rat erfordert, Vorschläge zu machen, damit die bestehenden Härten der deutsch-polnischen Grenzlinienführung noch nachträglich geändert werden können.

### Die Abgrenzungsarbeit.

Das für das Inkrafttreten der Entscheidung vorgesehene Verfahren wird etwa das folgende sein: Die deutsch-polnische Grenzführungskommission unter Vorsitz des Generals Dupont, die schon in Tätigkeit ist, ist angefordert worden, eine Unterkommision zu ernennen, die unverzüglich mit der Abgrenzungsarbeit beginnen soll. Die polnische und die deutsche Regierung

werden angefordert, binnen acht Tagen je einen Bevollmächtigten für die Verhandlungen bezüglich des provisorischen Wirtschaftsregimes zu bezeichnen sowie die Delegierten für die gemeinsame, vorübergehend tätige Verwaltungskommission zu ernennen. Gleichzeitg soll der Völkerbund gebeten werden, den Präsidenten dieser Verwaltungskommission zu bestimmen, der bekanntlich ein neutraler sein soll. Die Mitteilung hat keinen offiziellen Charakter. Die offizielle Bekanntmachung mit den Folgerungen, die der Versailler Vertrag vorsehen hat, soll erst später übermittelt werden, wenn einerseits die Abgrenzungsarbeiten in Oberösterreich beendet sein werden, und andererseits die alliierten Mächte sowohl von der polnischen wie von der deutschen Regierung die Versicherung erhalten haben werden, daß sie entschlossen seien, das provisorische Wirtschaftsregime anzustellen, das zur Sicherung des Fortbestandes des Wirtschaftslebens in den verschiedenen getrennten Gebieten als erforderlich betrachtet werde. Erst dann soll die Interalliierte Kommission offiziell den deutschen und polnischen Behörden bekanntgeben, daß sie die Verwaltung des ihnen zugehörigen Gebietes übernehmen haben. Wenn die eine oder die andere der beteiligten Regierungen der Ausführung des Wirtschaftsregimes Hindernisse bereiten sollte, so kann ihre die Befreiung der ihr zugehörigen Gebiete aufgeschwungen werden.

### Die J. R. an den Vorkämpferat über die Lage.

Wie gemeldet wird, betont der Bericht der Interalliierten Kommission vom Freitag an den Vorkämpferat, daß in Oberösterreich völlige Anarchie herrscht und daß die Grenzführungskommissionen ohne Behinderung durch die Bevölkerung ihre Vorarbeiten an Ort und Stelle begonnen haben. Der Bericht der Interalliierten Kommission äußert jedoch ernste Bedenken gegen die Errichtung einer deutschen Garnison in Gletwitz und gegen die Errichtung polnischer Garnisonen in Röntgenhülle und Röntgen.

### Die Teilung der oberösterreichischen Eisenbahnen.

Nach polnischer Meldung ist der Eisenbahnrat Danastem'cz aus Teschen, der bisherige Leiter des Eisenbahnrats in Teschen, zum Delegierten der polnischen Regierung in Oppeln ernannt worden. Er soll die Aufgabe haben, an der Durchführung der Teilung der oberösterreichischen Bahnen mitzuwirken.

### Rundgebungen für Oberösterreich.

Berlin, 22. Oktober. Die in Berlin der-samwerkten Vertreter aller Bevölkerungsschichten Oberösterreichs gaben folgende Erklärung ab:

Die von der Vorkämpferkonferenz getroffene Entscheidung hat uns mit bester Entschlossenheit und tiefstem Schmerz erfüllt. Durch den Spruch sind alle Erwartungen der oberösterreichischen Bevölkerung enttäuscht worden. Er steht im krassen Widerspruch zu dem Versailler Vertrage. Er widerspricht dem von oberösterreichischen Volk durch die Abstimmung kundgegebenen Willen. Er läßt die wirtschaftlichen Notwendigkeiten unberücksichtigt. Er bringt nicht den ersehnten Frieden, sondern eine Verewigung des Kampfes. Von der Regierung und Vorkämpferat erwarten wir daher, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Entscheidung als gegen einen ungesetzlichen Rechtsbruch Stellung nehmen. In keinem Fall aber dürfen die in dem abgetretenen Gebiet verbleibenden Volksgenossen verlassen werden. Der jähe Zusammenbruch der von den deutschen Händen angebotenen Wirtschaft Oberösterreichs muß verhindert werden. Auch wir halten es für erforderlich, den Weg der Verhandlung zu beschreiten. Die in den Mitteilungen des Vorkämpferates enthaltenen Bestimmungen sind als Verhandlungsgrundlage für ein Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Polen nicht geeignet. Im Auftrag: Hilger, Blas, Ullrich.

### Oberösterreich-Rundgebung in Berlin.

Die Groß-Berliner oberösterreichischen Verbände veranstalteten am Sonntag nachmittag im Enghagen eine machtvolle Rundgebung gegen die willkürliche Zerschlagung des oberösterreichischen Wirtschaftsgebietes. Trotz des ansehnlichen Wetters hatten sich mehr als 6000 Personen zu der Veranstaltung eingefunden.

### Die „Gemeinsame oberösterreichische Kommission.“

Genf, 21. Oktober. Der „Temps“ meldet, daß der Vorkämpferat in den deutsch-polnischen Sachverständigenkommissionen im Vorkämpferat nicht erdickt worden ist, sondern daß diese der freien Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen überlassen bleiben soll. Ferner hat sich der Vorkämpferat im Namen der Alliierten Regierungen das ausdrückliche Recht vorbehalten, die Erfüllung des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens zu kontrollieren und soweit zu beeinflussen, als der Friedensvertrag von Versailles dieses erforderlich macht. Hierüber sei

der deutschen und der polnischen Regierung besondere Mitteilung durch die diplomatischen Vertreter zugegangen.

### Der polnische Gesandte sprach vor.

Berlin, 21. Oktober. Der polnische Gesandte hat gestern im Auswärtigen Amt vor-gesprochen. Sein Besuch galt, wie gemeldet wird, der oberösterreichischen Frage, insbesondere auch den anzunehmenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

### Wilsobekt kommt?

Warschau, 21. Oktober. Der Staatspräsident Wilsobekt will gegenwärtig in Noworadomsk, wo große Manöver abgehalten werden. Die Bedeutung dieser Manöver geht aus der Tatsache hervor, daß sämtliche Generale dort-bin berufen sind. Von Radomsk aus wird Wilsobekt sich direkt nach Oberösterreich begeben.

### Rundschau.

#### Erzherzog Karl zweiter Kaiser.

Wien, 22. Oktober. Erzherzog Karl II. Sonnabend vormittag in Begleitung der Erzherzogin Rita mittels eines Flugzeuges in Odenburg eingetroffen. Die Odenburger Truppen wurden von dem König vereidigt. In polnischen Kreisen verlautet, Frankreich habe dem Erzherzog Karl Unterstützung versprochen. Seitens Italiens wird ein militärisches Eingreifen nicht erwartet.

Wien, 24. Oktober. Die Reichspost meldet heute früh: Zweidrittel der ungarischen Gar-nisonen haben sich für König Karl erklärt. Gestern abend wurde bei Budapest gekämpft. Die österreichische Regierung hat Sonntag früh die Grenzsperrung gegen Ungarn verfügt. Die heutigen Wiener Morgenzeitungen berichten, daß die Ausschüßten König Karls in Ungarn diesmal günstiger anzusehen seien.

Wien, 23. Oktober. Nach den bis 11 Uhr nachts vorliegenden Meldungen dauern die Kämpfe vor Budapest an. Die Truppen Karls sind jedoch im Vordringen. Darby befindet sich noch bei den ihm ergebenden Abteilungen und hat erklärt, er hoffe seine Stellung vor Budapest über Nacht zu halten, bis die erwarteten Verstärkungen aus der Provinz eintreffen. Darby empfing in Gegenwart des englischen Gesandten einen Boten Karls, mit dem er eine erregte Auseinandersetzung hatte.

Auf die Nachricht von der Landung Karls wurde das an Westungarn grenzende nieder-österreichische Industriegebiet sofort alarmiert. Die Arbeitervertreter beschloffen, die Grenze zu verteidigen. 60000 Arbeiter haben sich in der Gegend von Wiener Neustadt zur Verfügung gestellt. Die christlich-sozialen Partei-leitung nimmt jedoch an den Verteidigungsmaßnahmen gegen die monarchistische Partei keinen wesentlichen Anteil.

Gesamtliehe Telefonleitungen von Berlin nach der Tscheko-Slowakei sind wegen der Mobilisationsgefahr in der Tscheko-Slowakei gesperrt worden.

### Tschekisches Ultimatum.

Wien, 24. Oktober. Bei dem gestrigen Kampf vor Budapest wurden die Truppen Karls zurückgeworfen. Die Regierungstruppen er-beuteten große Mengen an Waffen und Munition und machten 120 Gefangene. Sie hatten 8 Tote und 12 Verwundete. Die Regierungstruppen hoffen, im Laufe des heutigen Tages vollkommen Herr der Situation zu werden.

### Das Ende des Abenteurers des Erzherzogs Karl.

Wien, 24. Oktober. Der zweite Feindver-such des Erzherzogspaars hat ein dramatisches Ende gefunden. Der Kaiser Karl und seine Gemahlin Rita sind heute bei Komorn von den Truppen der ungarischen Regierung gefangen genommen worden und bleiben nun in Ungarn solange interniert, bis Kaiser Karl seinen endgültigen Verzicht für sich und seinen Sohn auf den Thron ausgesprochen hat und die Bedingungen seiner Ausreise und sein künftiges Asyl festgesetzt worden sind.

### Die Opfer von Oppan.

Karlsruhe, 23. Oktober. Das „Tagesblatt“ meldet aus Mannheim: Seit dem 2. Oktober sind noch 18 Todesfälle in den Kran-kenhäusern als Folgen der Oppauer Explosionskatastrophe gemeldet worden. Die Gesamtzahl der Opfer hat damit 496 erreicht.

### Kolales u. Provinzielles.

Sobran D.-S., den 25. Oktober 1921.

§ (Der Unterricht) an den hiesigen Volks-schulen beginnt nach Vereinbarung der Herrschaften wieder am Donnerstag, den 27. d. M.

§ (Ein Viehmarkt) wird morgen Mitt-woch hierorts abgehalten.



**§ (Die Schängilde Soyrau)** hielt am Sonntag nachmittag im Schängilohaus eine außerordentliche Generalversammlung ab. Größtenteils geleitet wurde dieselbe durch den Vorsitzenden und Schängilmeister Herrn Richard Dabel. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Anwesen der im vergangenen Vereinsjahre verstorbenen Mitglieder, Kaufmann Wilhelm Kolyba und Fleischermeister Franz Schwitz, durch Erheben von den Plätzen geehrt. — Bei Eröffnung der Tagesordnung erfolgte zunächst die Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: Zum Vorsitzenden Herr Richard Dabel, zum Stellvertretenden Vorsitzenden Herr Kaufmann Beigel, zum Kassensführer Herr Hotelbesitzer Hans Roth, zu Schriftführern die Herren Lehrer Kanger und Buchdruckerbesitzer Hunsold. — Infolge der eingetretenen politischen Verhältnisse ist eine Änderung der Statuten notwendig. Den vom Vorsitzenden hierzu eingesetzten Ausschuss nahme die Versammlung einstimmig an und beschloß, die Schängilde gerichtlich ins Vereinsregister eintragen zu lassen. — Die Rechnungslegung ergab an Einnahmen 5538,19 M., an Ausgaben 2105,67 M., an Bestand 3432,62 M. An Belegten besitzt die Gilde: Das Kaiser-Oppanische Legat mit 126,75 M., das Josef Oppanische Legat mit 63,30 M., das Josef Franzowische Legat mit 126,73 M., das Franz Fabel'sche Legat mit 196,55 M., das Joh. Roth'sche Legat mit 141,75 M. und das Alfred Reich'sche Legat mit 253,63 M. Den Kassensführer, Herrn Postleutnant Grabowski und Kaufmann Beigel, wurde dankend Entlassung erteilt. — Die Versammlung wurde ermächtigt, die am Schängilohaus erforderliche Dacharbeiten vornehmen zu lassen. — Die Restauration im Schängilohaus wurde für die Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 an den bisherigen bewährten Schängilohauswirt Herrn Johann Stelkera für sein Gebot von 1500 Mark verpachtet.

**§ (Unvermeidliche Leute)** sehen in der jetzigen ersten Zeit hierorts allerhand Gerichte in Umlauf, die unwohl und geeignet sind, die Bevölkerung noch mehr zu beunruhigen. Den Ursprung solcher falschen Nachrichten wäre zu ermitteln, aber die Folgen ihrer unbedachten Handlungswiese nachzudenken und der Tragweite derselben bedacht zu sein.

**§ (Der Schwansee)** in den Kreisen Rühn und Pleß ist vom 1. Oktober d. J. um das Zehnfache des bisherigen Betrages erhöht worden.

**§ (Den Empfängern von laufenden Versorgungsgebühren H)** wird mit Wirkung vom 1. August 1921 an bis auf weiteres ein monatlicher Leistungszuschuß gezahlt. Er beträgt 1) für jede Witwe 25 M., 2) für jede Witwe 15 M., 3) für jeden Einzelnen 15 M. Der Leistungszuschuß wird mit der Rente zusammen in einer Summe gezahlt. Die Nachzahlung des Leistungszuschusses für die Monate August, September und Oktober erfolgt bei der am 29. d. M. erfolgenden Zahlung der Militärenten für November. An diesem Tage hat jeder Empfänger von H-Gehältern zur Post 2 Quittungen mitzubringen. Die eine hat über den Betrag der Nachzahlung, die andere über den nun fälligen nächsten Monatsbetrag zu lauten. Welche Beträge in die Quittungen einzutragen sind, wird jedem H-Bezieher schriftlich durch die Post mitgeteilt. Die Mitteilungen werden dieser Tage durch die Briefträger verteilt werden.

**§ (Kartoffeln in Mieten.)** Die Landwirte werden darauf aufmerksam gemacht, ihre Kartoffel-Mieten auf die Temperatur hin zu revidieren. Die Wärmtemperatur in den Mieten darf höchstens 8 Grad betragen, während die Kartoffeln während einer viel gelinderen Temperatur eingewintert worden sein dürfen.

**\* (Die Teilung.)** Von dem an Polen fallenden Kreis Rühn bleibt bekanntlich die Nordwestecke bei Deutschland. In dieser Ecke liegen folgende größere Distrikte: Surot, Janowky-Randen, Groß- und Klein-Randen, Stants, Barglowka, Wilkowitz, Niederdorf, Niedorowich, Kemersdorf. Außerdem einige kleinere Distrikte bzw. Borswerke und Forsthäuser. Diese Nordwestecke des Kreises Rühn dürfte voranschicklich mit dem Landkreis Ratibor vereinigt werden. Die Kleinbahn Plana-Randen verläuft in ihrer gesamten Strecke auf deutschem Gebiet.

**\* (Trauer um Oberschlesien.)** In Breslau hat man die Flaggen auf Halbmast gehißt und mit Flor umhangen. In Koblenz hat man aus Anlaß der ober-schlesischen Entscheidung alle öffentlichen Anstalten eingeseilt und die Theater und Spielplätze geschlossen. West- und Langbarsalungen dürfen nicht stattfinden. Die Stadt Gleiwitz hat sich entschlossen, am Mittwoch zum Zeichen

des Protestes von 6 Uhr ab die Geschäfte und Lokale zu schließen.

Die Stadterordnetenversammlungen von Bentzen und Gleiwitz nahmen Montag zu der bedrohten Lage der beiden Städte um ihren Daseinskampf in eindrucksvollen Kundgebungen Stellung.

**\* (Stegerwald über Oberschlesien.)** Im preussischen Landtage erteilte Präsident Reinert vor Eintritt in die Tagesordnung dem Ministerpräsidenten Stegerwald das Wort zu einer Erklärung. Ministerpräsident Stegerwald führte aus: Ein neues schweres Unheil von noch unabhärrer Tragweite ist über Preußen und Deutschland herabgebrochen. Nachdem der Friedensvertrag aus die Provinz Polen, die halbe Provinz Westpreußen, das Memelgebiet, Nord-Schlesien und Gupen-Malmeby geräumt, sind uns auch die feindlichen Märfel über Oberschlesien gefallen. Das Land, seit den Anfängen europäischer Kultur ununterbrochen in deutschem Besitz, so wie es vor uns liegt, das ausschließlich der preussisch-deutscher Arbeit und Tatkraft, deutscher Intelligenz und Ordnung, soll in zwei Teile zerfallen werden, von denen der wertvollere Teil Polen überantwortet wird. Preussische Städte, Bilder westeuropäischer Kultur, wirtschaftliche Mittelpunkte des ganzen ober-schlesischen Industriegebietes, Knotenpunkte seines Eisenbahnsystems, sollen der Polonisierung verfallen! Die gesamte Industrie, der größte Teil der Eisen- und Stahlwerke, weit mehr als die Hälfte unserer dortigen Kohlegruben werden uns entzogen, was die wir andere Länder mit jährlichen Kohlelieferungen versorgen müssen. Jeder Mann und jede Frau, die ober-schlesischen Gewässer bewohnt haben, sieht auf unter dieser neuen Bergeweltung. Von den unparteilichen Sachkundern aller Nationen, die Oberschlesien besuchten und studierten, ist seine Wertlosigkeit als unbedingte Voraussetzung seiner wirtschaftlichen Bedeutung festgestellt worden. Trotzdem spaltet man es in zwei lebensunfähige Teile. Manmehr ist dort so gut wie alles unfruchtbar und schwach geworden. Die Arbeitslosigkeit ist gefährlich, alle Geschäftskredite, die Voraussetzungen jeden Aufschwungs sind gelähmt. Auch in dem künftig polnischen Oberschlesien sind das Kapital, die Leistung, der überwiegende Teil der gelehrten Arbeiterschaft deutsch. Oberschlesien muß also zusammenbrechen, wenn diese führenden und geistigen Kräfte ihre bisherige Wirkungsfähigkeit verlieren. Den Ausfällen aber an endlichen wirtschaftlichen Frieden und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ist damit der schwerste Schlag verfehlt. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist nach Lloyd Georges eigener Erklärung aufs Äußerste geschwächt. Denn der Verlust dieser reichen Gebiete bedeutet Verminderung der wirtschaftlichen Gesamtkraft Deutschlands und einen bedenklichen Anstoß an Steuern, er bereitet jede planmäßige Regelung von Ein- und Ausfuhr und bewirkt eine noch gar nicht zu ermessende Verminderung der Zollsummen. Ohnmächtig an äußerer Gewalt, gilt es für uns mit fähigem Kopf die Tatsachen zu prüfen. Die Gegner selbst schlagen mit ihnen immer drückender werdenden Anklagen alle Ausflüchte nieder, von Deutschland die erhofften Leistungen zu gewinnen. Wir dürfen nicht müde werden, diese Erkenntnis in der Welt zu verbreiten. Einigkeit im Innern ist jetzt erste und heiligste Pflicht. Unsere ober-schlesischen Brüder, die in den letzten zwei Jahren so fürchterliches haben durchmachen müssen, sind uns in dieser Beziehung ein leuchtendes Vorbild. Dort in Oberschlesien ist alle parteipolitische Egoismus unter den deutschen Volksgenossen in den Hintergrund getreten vor der gemeinsamen Not. Darum sei über, unserer ober-schlesischen Brüder und Schwesern, in diesem Augenblicke in Betracht, Vergebung und vergeltende Rache geboten. Was sie bisher geleistet und gelitten haben, ist nicht Helldemut. Dieses Helldemut aus den Tagen, die hinter uns liegen, ist uns Unterscheidend, daß sie auch das Schwerere, das noch vor ihnen und vor uns liegt, tragen und durchhalten werden. Ihr deutsches Oberschlesien seid und bleibt untereinander untereinander, untereinander von der großen deutschen Volksgemeinschaft. Unerschütterbare Bande verknüpfen uns auch in Zukunft miteinander. Wir werden Euch mit allem, was wir sind und haben, weiter die Treue halten.

**\* (Was der Kreis Ratibor verliert.)** Durch das Gewaltakt von Genf verliert der Landkreis Ratibor, der bekanntlich durch den Verlust von 35 Gemeinden im Hultschiner Bändchen die frühere erste Stelle in Oberschlesien hat aufgeben müssen, weitere 25 große Gemeinden rechts der Oder, die an Polen fallen. Es sind dies: Olsan, Groß-Gorschütz, Klein-Gorschütz, Willsko, Krasowich, Dwan, Welschütz, Kamia, Rogan, Bluschan, Sulan, Synka, Synin, Grabowka, Gutschütz, Dwan, Radom mit Paprotzin, Niesolschan, Wilhelmshagen, Pogrzebia, Hohen-

birken mit Boguslaw, Kornowak, Wilhelmstal, Raschütz, Adamowich, Boguslaw.

**\* (Die deutschen Truppen für Oberschlesien.)** Das Reichswehrministerium hält zur Bekämpfung des Deutschland angesprochenen Teiles von Oberschlesien eine Brigade der Reichswehr zur Verfügung. Als größte Garnisonsstadt wird Gleiwitz in Betracht kommen. Ueber die sonstige Verteilung der Brigade auf die einzelnen Orte ist eine Entscheidung noch nicht ergangen.

**\* (Königsbütte und Rattowitz Grenzgarнизон.)** Wie man hört, beabsichtigt die polnische Regierung in die an Polen abgetretenen ober-schlesischen Städte Rattowitz und Königsbütte polnische Grenzgarнизон zu legen. Diese Maßnahme ist nicht unwahrscheinlich, zumal wenn man berücksichtigt, daß Polen es damit genau so in den abgetretenen Gebieten Westpreußens gehandelt hat. Auch dort kamen starke Garnisone in die größeren Städte nahe der Grenze. Nicht völlig gelöst wäre ja allerdings die Frage der Unterbringung. In Königsbütte beispielsweise gibt es keine Kasernen. Es würden also wohl die Truppen vorerst in den Schulen untergebracht werden müssen.

**\* (Le Rond - Korpskommandant in Wiesbaden.)** General Le Rond ist zum Führer des 30. Korps in Wiesbaden ernannt worden und soll sein Kommando nach Auflösung der Internationalen Kommission im Abstimmungsgebiet antreten.

**\* (Die Staatsbeamten müssen hierbleiben.)** Die J. R. vertritt den Staatsbeamten das Verlassen des Dienstes. Sie erteilt jeder Tage an die Staatsbeamten eine Verordnung, in der ihnen aufgegeben wird, ihren Dienst unter keinen Umständen zu verlassen. Sollte das dennoch geschehen, so werde ihr Eigentum beschlagnahmt und die Beamten bestraft werden. Diese Verordnung bezieht sich namentlich auf die Polizeibeamten.

**\* (Der Vaterländische Frauenverein in Oberschlesien.)** Der Verband Schwestern der Vaterländischen Frauenvereine nahm bei seiner Tagung in Breslau am Donnerstag folgende Entschlüsse an:

„Die heute zusammengetretene Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins, Verband Schwestern, spricht den widerrechtlich den Wählerbondsentscheidung aus tiefer getrockneten Vereinen Oberschlesiens ihr warmes Mitgefühl aus. Voll sicherer Zuversicht, daß wegen Unabwiesbarkeit des Beschlusses seine Abänderung in letzter Stunde noch erreicht werden muß, beschwört sie die ober-schlesischen Vereine dahin zu wirken, daß der Widerstand nicht aufgegeben wird. Oberschlesien, wie wir hält der größte Teil des deutschen Vaterlandes treu zu Euch. Wir jedenfalls geben Euch niemals auf. Darum haltet auch Ihr fest an Deutschland. Fort jetzt mit allem Treuen und unparteilichem oder konfessionellem Gehalt! Schließt Deutsche eng Euch zusammen zu einer Einheitsfront!“

**\* (Einziehung polnischer Hundert- und Hundertmarknoten.)** Die polnische Darlehenskasse wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Noten ihrer ersten Emission, und zwar die Hundertmarknoten vom 16. Januar 1919 und die Noten zu Hundertmark mit dem Bilde Kosciuszko vom 19. Mai 1919 einzuziehen. Die Noten gelten bis zum 15. Dezember d. J. noch als gesetzliche Zahlungsmittel und werden dann bis einschließlich 15. Januar 1922 an den Kassen eingelöst.

**\* (Von Grafen Oppersdorff.)** Nach einer Warschauer Meldung des „Kurier Blatt“ will Graf Oppersdorff aus Oberglogau gegenwärtig in Zgorze (Posen) bei seinem Verwandten Fürst Radziwill. Er hat um Anerkennung der polnischen Staatsbürgerrechte nachgesucht, und mehrere seiner Söhne wollen in die polnische Armee eintreten. Graf Oppersdorff hat zwölf Kinder, von denen zwei sich als Deutsche bezeichnen, die anderen sind Polen.

**\* (600 Mark für ein Goldstück.)** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 24. bis 30. d. Mts. zum Preise von 600 Mark für ein Prozagomarkstück, 300 Mark für ein Prozagomarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

**\* (Wiederkehr des Markstückes.)** In den deutschen Mängelstücken sind Hartgeldprägungen für Markbeträge in Vorbereitung. Die überaus schwierige Frage der Wahl des geeigneten Mängelstucks ist jedoch noch nicht endgültig entschieden; die Unterprägungen nach dieser Richtung hin werden aber in Kürze abgeschlossen werden können. Bis dahin sollen die Mängelstücken mit ihrer vollen Leistungsfähigkeit die Prägung kleinerer Mägen fortsetzen. Bisher erstreckten sich die Hartgeldprägungen abgesehen von der vorübergehenden Ausgabe von 1- und 25-Pfennigstücken aus Aluminium, auf 5-Pf., 10-Pf. und 50-Pf.-Stücke. Bereits Ende September dieses

Jahres waren von den kleinen Münzen reichlich 1 Milliarde Stück mehr vorhanden, als vorher jemals seit Bestehen des Reiches ausgegeben war. Bis spätestens Ende 1922 wird sich die Zahl der umlaufenden Kleinscheine auf insgesamt 3 Milliarden Stück oder 50 Stück auf den Kopf der Bevölkerung steigern und damit eine Höhe erreichen, die über das legitime Geldbedürfnis bedürftig weit hinausgehen dürfte.

## Läuse Wanzen

Schwaben Fische Goldbader 10000 sind zurzeit begehrt. Ueber den Erfolg Sie in mit (b. Nachm. herneh.) werden Sie können. Berlangen Sie nur Goldbader. Sie haben im Cobran Adler-Apotheke.

**§ Döln,** 25. Oktober. Heute nachts 12 Uhr wurde in die Wohnung der Witwe Griman, deren eine Tochter hochzeit fester, ein Einbruch verübt. Das Geschick traf die im Bett schlafende 8 Jahre alte Tochter der Frau Griman und verriet sie am rechten Oberschenkel so erheblich, daß die Erhaltung des Lebens wahrscheinlich nicht möglich sein wird. Von den Tätern fehlt jede Spur.

**§ Warschau,** 25. Oktober. Gestern nachmittag starb nach kurzem Krankenlager die Witwe Luroch im ehrenvollen Alter von 88 Jahren. Die Bestattung hat fast 60 Jahre hindurch als Schwägerin in Warschau und Umgebung mit seltener Gewissenhaftigkeit ihres Amtes gewaltet.

**Wrocław,** 25. Oktober. Freitag abend ist der Gewerkschaft von mehreren fremden Männern überfallen und erschossen worden. Die Täter entkamen vorzeitig, nachdem sie sich verstreut haben und dem Ermordeten die Uhr geraubt hatten. B. hinterläßt Frau und mehrere Kinder.

**Stettin,** 24. Oktober. (Waren im Werte von 300000 Mark gekohlet.) In der Nacht von Sonntag auf Montag drangen Einbrecher in das Geschäft eines Juweliers in der Pfarrstraße und in ein Mode- und Pappgeschäft in der Wilhelmstraße ein. Aus dem Modewarengeschäft entwendeten die Diebe unbekannt gebliebenen viele Pelze und Hüte und ähnliche Sachen im Gesamtwerte von 200000 Mark. Bei dem Juwelier in der Pfarrstraße fand die Täter vom Hause aus in den Laden gelangt, nachdem sie vier Türen gewaltsam geöffnet und drei Vorhängeschlösser zerklüftet hatten. Die Einbrecher nahmen hundert Gold-, Silber- und Nickelstücken, ferner Trauringe, Zigarren und Zigarettenetuis und auch goldene Schmuckstücke mit. Die gekohleten Sachen haben einen Wert von 100000 Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

**Rattowig,** 24. Oktober. Heute morgen gegen 7 Uhr drangen 3 Banditen in die Bierkneipe des Deutschen Ausschusses „Goldener Stern“, Alte Dorfstraße, ein und raubten 900 Mark und Kleingeld. Die Banditen sind unerkannt entkommen.

**Königsbütte,** 24. Oktober. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften haben folgenden Telegramm an den Reichspräsidenten in Berlin geschickt: Das Verbot ist Wirklichkeit geworden. Die deutsche Stadt Königsbütte ist vom alten Vaterlande losgerissen. Auch unter der Fremdherrschaft wird ein wie unser Deutschland wahren und mit den Völkern und Schwärmern im Reich ein Stück sein. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften in Königsbütte.

**Gindenberg,** 25. Oktober. Studienrat Volkmer wollte zwecks einer Operation in Breslau. Beim Aussteigen aus der Straßenbahn am Sonntag kam er durch einen Spazierstock zu Fall und geriet unter den Straßendachwagen. Die Räder desselben glitten ihm über den Kopf und beide Schenkel, so daß er einen doppelten Schädelbruch, den Bruch beider Beine und schwere innere Verletzungen erlitt, die seinen sofortigen Tod herbeiführten. Die Leiche wurde nach dem Altesh-Krankenhaus gebracht.

**W e k a n n t m a c h u n g.** Gegen Abschnitt Nr. 4 der Blumen und Nr. 4 der großen Lebensmittelliste gelangt bei allen Konsumten 200 gr Zucker zum Preise von 4.50 M. für 1 Pfund und 1 Mädelchen Eßstoffs zum Preise von 75 Pf. zum Verkauf. Die Umschnitte sind bis Freitag den 28. d. M. bestimmt abzugeben, die Warenübergabe erfolgt am Mittwoch, den 2. November d. J.

Gegen 1 Abschnitt der Runderkarte für Runder unter 2 Jahren gelangt bei den Konsumten Hallas, Dimpel und Unbeck p. Abschnitt 750 gr. Grieß zum Preise von 5 M. p. Pfund zum Verkauf.

Die Bezugsabschnitte sind bis Freitag den 28. d. M. bestimmt abzugeben, die Warenübergabe erfolgt am Mittwoch den 2. November cc. Es wird hierbei aber ausdrücklich bemerkt, daß Nachlieferungen für Nachzügler nicht stattfinden können.

Cobran OS., den 25. Oktober 1921.  
Der Magistrat. Lang.

Mittwoch, den 26. Oktober cc., von vormittags ab:

# Großes Eisbein-Essen!

Robert Dzionny.

Am Donnerstag, den 27. Oktober 1921, nachmittags 4 Uhr findet im Stadtverordneten-Sitzungs-Saale eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung statt, zu welcher die Mitglieder unter Hinweis auf § 2 der Geschäftsordnung hiermit eingeladen werden.

### Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme von dem Uebertrag aus der Sparkasse pro 1920 und Verteilung desselben;
2. Bewilligung der Kosten für Beschaffung von Fahren;
3. Besuch der Geschwister Stielgott um Unterstützung;
4. Festsetzung der Vergütung für Erstellung der Ueberstände an der höheren Knabenstraße;
5. Besuch des Spektators Swolow um Erhöhung des Halbes;
6. Bericht Erhöhung der Feuer-Versicherung des Stadtwaldes;
7. Reparatur der Wogen- und Marktstandgelder;
8. desgleichen des früher Plehach'schen Aders an Herrn Tischlermeister Josef Adamk;
9. Kenntnisnahme von dem Entschieden betreffend des Elektrizitäts-Werks seitens des Ober-Jugentens Vogel Kattowig;
10. Erweisung des Herrn Dr. Nentke als Armen-Kassensort;
11. Kenntnisnahme von dem Kassenschluss der Kammer- und Sparkasse pro Monat September cc.
12. Wahl von zwei Schiedsmännern und deren Stellvertretern.

Cobran OS., den 24. Oktober 1921.  
Kuss, Stadtverordneten-Vorsitz.

**B e k a n n t m a c h u n g.**  
Der Bezirksausschuss hat unterm 11. Oktober cc. — A 21 — 433/21 genehmigt, daß gemäß §§ 55, 58 und 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 in der Stadt Cobran OS. für das Rechnungsjahr 1921 an direkten Gemeindefiskal erhoben werden dürfen:

- 1500 % der Grundsteuer,
- 1000 % der Gebäudesteuer,
- 1500 % der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe, sowie
- 1000 % der Betriebssteuer.

Cobran OS., den 24. Oktober 1921.  
Der Magistrat. Lang.

**B e k a n n t m a c h u n g.**  
Am Mittwoch, den 26. und Donnerstag, den 27. Oktober cc. findet die Ausgabe der Brotmarken für den Monat November im Zimmer Nr. 2 statt. Die roten Ausweisarten sind vorzulegen.  
Cobran OS., den 24. Oktober 1921.  
Der Magistrat. Lang.

**Zu Allerheiligen**  
empfehle ich  
**Grabfränze** in großer Auswahl.  
**Gärtner Borsutzki**  
Kosawa.

Dem geehrten Publikum empfehle mich zur sachgemäßen  
— Ausführung aller Art —  
**Installation von Licht-, Kraft- und Schwachstrom-Anlagen.**  
Reparaturen werden prompt und billigst angeführt.  
Hochachtungsvoll  
**Gloss & Comp.,**  
Bahnhofstr. Nr. 212.

**Verloren: Trauring**  
gestempelt S. S. 21. 10. 1912. Gegen Belohnung abzugeben bei  
Johann Zajanz, Baranowitz.  
**Goldene Trauringe u. Ohringe**  
in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei  
Engelmann, Sobrau (Kischegowka.)

## Ring-Lichtspiele

Mittwoch, den 26. Oktober 1921:

**Anita!**  
Das Geheimnis des berühmten Spiritisten und Telepathen Paolo Magini.  
Sensations-Drama in 5 Akten.

**Was tut man nicht alles für die Firma!**  
Luetspiel mit der urkomischen Voss als Hauptdarstellerin. — 6 Akte.  
— Anfang 7 Uhr. —

**Bertraufe: 3 Bienenvölker**  
mit reichl. Winterfutter und einige Zentner Kartoffeln. Anfragen an die Exped. d. Bl.

**20 Zentner Langstroh**  
hat abgegeben  
**Marie Zabka**  
Möbelgeschäft, Holzstraße.  
1 rote Plüschgarnitur, großer Spiegel mit Untersatz, 4 Rohrstühle, Stühle, 1 Tischchen, 1 Schrank, 2 Küchenschüssel, 1 Kochtisch, 1 rund. Ofen mit Röhren und andere Gegenstände verkauft  
Agnes Gett'er, Ober-Vorstadt.

**Einige Zimmerleute**  
stellen noch ein  
Oberschlesische Apparate- u. Eisenwerke  
Cobran OS.

Suche per sofort einen ordentlichen, fleißigen  
**Knecht**  
welcher guter Pferdepfleger ist.  
M. Nowak, Delikatessenhaus  
Cobran OS.

**Ein Lehrling**  
fürs Kontor und Lager kann sich sofort melden.  
**A. Stern & Sohn**  
Dampfmühle, Cobran OS.

Anständiges  
**Dienstmädchen**  
für kleinen Haushalt nach Gletwitz gesucht. Näheres zu erfragen bei Max Zwolg, Cobran.  
**Grosse Geld-Lotterie!!**  
zur Wiederherstellung der Marienburg  
Ziehung 7., 8., 9. u. 10. November  
**1, Million Mark**  
100000  
75000  
50000  
25000  
10000 usw.  
bar ohne Abzug.  
Lose zum Preise von 6 Mk.  
Porto u. Liste 1.50 Mk. extra versendet  
**Reinh. A. Höhn**  
Hamburg, Kautstr. 34.